

NIEDERSCHRIFT

über die **22.** Sitzung des
des Kreistages
(XIV. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **23.09.2009**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 oder -2172)
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:35 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Dieter Patt

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzende/r

1. Herr Landrat Dieter Patt

• CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Gert Ammermann
3. Herr Volker Bäumken
4. Frau Irmintrud Berger
5. Frau Barbara Brand
6. Herr Lars Christoph
7. Herr Heinz-Josef Drießen
8. Herr Karl-Heinz Ehms
9. Frau Elisabeth Fittgen
10. Herr Reiner Geroneit
11. Herr Prof. h.c. (BG) Dr. med. Klaus-Erich Goder
12. Herr Heinz-Ferdi Heimanns
13. Frau Helga Hermanns
14. Herr Gerhard Heyner
15. Herr Eberhard Hücker
16. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
17. Herr MdL Karl Kress abwesend
18. Frau Ursula Kwasny
19. Herr Wilhelm Lohkamp
20. Herr Peter Maaser abwesend
21. Frau Ursel Meis
22. Frau Beate Pricking

- 23. Frau Angelika Quiring-Perl
- 24. Herr Franz-Josef Radmacher
- 25. Herr Bernd Ramakers abwesend
- 26. Herr Karl-Heinz Schnitzler
- 27. Frau Petra Schoppe
- 28. Herr Antonius Suppes
- 29. Bertram Graf von Nesselrode
- 30. Herr Wolfgang Wappenschmidt
- 31. Herr Dieter Welsink
- 32. Frau Maria Widdekind
- 33. Frau Birte Wienands
- 34. Herr Dr. Christian Will

• SPD-Fraktion

- 35. Herr Udo Bernards
- 36. Herr Horst Fischer
- 37. Herr Hans Günter Focken
- 38. Frau Hildegard Haas
- 39. Herr Harald Holler
- 40. Herr Bruno Hommes
- 41. Herr Herbert Hübner abwesend
- 42. Herr Dietmar Ibach abwesend
- 43. Herr Detlef Igné
- 44. Herr Stephan Ingenhoven
- 45. Herr Dieter Jüngerkes
- 46. Frau Elisabeth Krumbein
- 47. Herr Heinz Peter Ophelders abwesend
- 48. Herr Reinhard Rehse
- 49. Herr Hans-Georg Schiffer
- 50. Frau Gertrud Servos
- 51. Herr Rainer Thiel

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 52. Herr Erhard Demmer
- 53. Herr Christian Gaumitz abwesend
- 54. Herr Martin Kresse
- 55. Frau Margarete Mehl
- 56. Frau Susanne Schöttgen
- 57. Frau Susanne Stephan-Gellrich

• FDP-Fraktion

- 58. Herr Achim Crefeld
- 59. Herr Dr. Bijan Djir-Sarai
- 60. Herr Markus Kaup
- 61. Herr Constantin Philipp Kletti abwesend
- 62. Frau Dr. Jana Pavlik

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 63. Frau Gabriele Dietrich
- 64. Herr Jürgen Güsgen
- 65. Herr Erwin Hartmann

- **Linkspartei**

- 66. Herr Bernhard Pickert-Goldenbogen

- **Zentrum**

- 67. Herr Gerhard Woitzik

- **Verwaltung**

- 68. Herr Ingolf Graul
- 69. Herr Günter Hassels
- 70. Frau Ulrike Holz
- 71. Herr Tillmann Lonnes
- 72. Herr Karsten Mankowsky
- 73. Frau Vanessa Meerhaut
- 74. Herr Johannes Nordmann
- 75. Herr Hans-Jürgen Petrauschke
- 76. Frau Christiana Rönicke
- 77. Herr Jürgen Steinmetz

- **Schriftführer/in**

- 78. Frau Annika Böhm

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	6
2.	Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien.....	6
3.	Wahl der ehrenamtlichen Richter/innen für das Landessozialgericht Essen Vorlage: 010/149/2009	7
4.	Beitritt des Rhein-Kreises Neuss zur Region Köln/Bonn am 28.09.2009 Vorlage: 61/125/2009.....	7
5.	Änderung der Hauptsatzung Vorlage: 010/140/2009	8
6.	Feststellung des Jahresabschlusses 2007, Verwendung des Jahresüberschusses und Entlastung des Landrates Vorlage: 014/120/2009	10
7.	Verzeichnis der über-/außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2009 (erstes Verzeichnis) Vorlage: 20/144/2009.....	11
8.	Planung der Stadt Korschenbroich im Bereich Wasserweg, Ortsteil Steinhausen Hier: Anpassung gem. § 29 Abs. 4 Landschaftsgesetz NRW Vorlage: 61/112/2009.....	11
9.	Konkretisierung des Betrauungsaktes im Rahmen der ÖSPV-Finanzierung im VRR Vorlage: 61/154/2009.....	11
10.	Einheitlicher Ansprechpartner nach EU-Dienstleistungsrichtlinie Vorlage: VII/143/2009.....	13
11.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Grevenbroich und dem Rhein-Kreis Neuss über die Durchführung der Reisekostenabrechnungen für die Bediensteten der Stadt Grevenbroich durch den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: ZS2/161/2009	14
12.	Sachstandsbericht zur Umsetzung der familienpolitischen Maßnahmen im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 51/139/2009.....	14
13.	Anträge.....	16
13.1.	Antrag der Kreistagsfraktion UWG/ Die Aktive zum Thema "Kreistag verkleinern – Weniger Kosten mehr Effizienz" vom 10.06.2009 Vorlage: 010/008/2009	16
13.2.	Antrag der Kreistagsfraktion UWG/ Die Aktive zum Thema "Einrichtung einer ARGE Ombudsstelle " vom 11.07.2009 Vorlage: 010/146/2009	16

14.	Mitteilungen	16
15.	Anfragen	16
16.	Einwohnerfragestunde	16

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Dieter Patt begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Kreistag beschlussfähig ist. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

	Niederschrift über die 51. Sitzung des Kreisausschusses am 16.09.2009
	Broschüre „Bundestagswahl 2009“
	Broschüre „Kommunalwahl 2009 – Wahlergebnisse“
	Flyer zur U-Untersuchung
	Familienkompass
Zu TOP 3 Wahl der ehrenamtlichen Richter/innen beim Landessozialgericht in Essen	Beschlussvorschläge ☒
Zu TOP 6 Jahresabschluss 2007	Abschluss
Zu TOP 10 Einheitlicher Ansprechpartner	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Mönchengladbach und dem Rhein-Kreis Neuss zur Wahrnehmung der Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie ☒
Zu TOP 14 Mitteilungen	Prognos Zukunftsatlas Branchen 2009 ☒
Zu TOP 1 NÖT Jahresabschlusses Verwaltungsgesellschaft	Abschluss
Zu TOP 3 NÖT Wasserversorgung im Rhein-Kreis Neuss/ Wasserkonzessionsvertrag Kreiswerke Grevenbroich GmbH – Stadt Neuss	Beschlussvorlage der Verwaltung“ ☒

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien

Protokoll:

Landrat Dieter Patt teilte mit, dass keine Anträge vorlägen.

3. Wahl der ehrenamtlichen Richter/innen für das Landessozialgericht Essen

Vorlage: 010/149/2009

Protokoll:

Landrat Dieter Patt verwies auf die verteilte Tischvorlage.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel vergewisserte sich, ob alle drei Vorschläge die Voraussetzungen für eine Berufung erfüllen würden.

Landrat Dieter Patt erklärte, dass insbesondere die Sozialerfahrung das maßgebliche Kriterium sei. Dies sei gegeben.

KT/20090923/Ö3

Beschluss:

Aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlages beschloss der Kreistag einstimmig folgende Kandidatinnen/Kandidaten für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Landessozialgericht Essen für die Amtszeit vom 01.01.2010-31.12.2014 vorzuschlagen:

Nr.	Name	Vorname	Anschrift	Geburtsdatum	Bereits als ehrenamtliche/r Richter/in tätig bzw. tätig gewesen	Tel. Nr.
1.	Eimer	Jürgen	Comeniusstr. 1 40670 Meerbusch	16.09. 1955	<ul style="list-style-type: none"> • Sozialgericht • Zeitraum 	02159/ 50596
2.	Hoffmann	Bärbel	Jahn-Str. 6 41541 Dormagen	24.04. 1947		02133/ 72078
3.	Kandenwein	Dr. Julia	Adolf-Flecken-Str. 2 41460 Neuss	04.12. 1974		0172/ 6389279

4. Beitritt des Rhein-Kreises Neuss zur Region Köln/Bonn am 28.09.2009

Vorlage: 61/125/2009

Protokoll:

In Beantwortung der Frage der Kreistagsabgeordneten Susanne Stephan-Gellrich teilte Kreisdirektor Hans-Jürgen Petruschke mit, dass die feierliche Unterzeichnung am 28.09.2009 um 18.30 Uhr im Haus der Handwerkskammer stattfinden werde.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Jürgen Güsgen erklärte Kreisdirektor Hans-Jürgen Petruschke, dass die Anzahl der je Partei zu entsendenden Vertreter formal nach den bekannten Regeln zu bestimmen sei. Man hätte sich jedoch auch anders verständigen können.

Unter Bezugnahme auf die Frage von Kreistagsabgeordneten Erhard Demmer teilte er mit, dass die benannten Vertreter an der feierlichen Unterzeichnung Teil nehmen und bis zum Ende der Wahlperiode den Rhein-Kreis Neuss in der Region Köln/Bonn vertre-

ten werden.

Anschließend wurden die zu entsendenden Vertreter von den jeweiligen Fraktionsvorsitzenden benannt.

KT/20090923/Ö4

Beschluss:

Der Kreistag beschloss mehrheitlich neben Landrat und Kreisdirektor folgende Kreistagsabgeordnete zur feierlichen Unterzeichnung der Urkunde zum Beitritt des Rhein-Kreises Neuss zur Region Köln/Bonn am 28.09.2009 zu entsenden:

Nr.	Name, Vorname
1.	Pricking, Beate
2.	Welsink, Dieter
3.	Will, Dr. Christian
4.	Fischer, Horst
5.	Thiel, Rainer
6.	Stephan-Gellrich, Susanne
7.	Djir-Saraj, Dr. Bijan

Der Region Köln/Bonn ist eine entsprechende Teilnehmerliste zu übermitteln.

Abstimmungsergebnis:

57 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Grüne, FDP, Aktive, Zentrum, Linkspartei)
2 Enthaltungen (KTA Erwin Hartmann, KTA Jürgen Güsgen)

5. Änderung der Hauptsatzung

Vorlage: 010/140/2009

Protokoll:

Auf Nachfrage der Kreistagsabgeordneten Susanne Stephan-Gellrich erklärte Kreisdirektor Hans-Jürgen Petrauschke, dass die neue Formulierung des § 16 Hauptsatzung alternativ zu verstehen sei. Man habe danach die Möglichkeit die Laufbahnbeamten- oder die Kreisdirektorenlösung zu wählen.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer fragte, ob man auf den zweiten Passus und damit die Funktion des Kreisdirektors verzichten könne.

Kreisdirektor Hans-Jürgen Petrauschke bestätigte, dass dies grundsätzlich möglich sei, man somit jedoch dem Kreistag diese Möglichkeit nehmen würde.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gerd Ammermann wies darauf hin, dass diese Regelung das Wahlrecht in § 47 der Kreisordnung wieder spiegeln würde.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erklärte, dass er die Neufassung so verstehe, dass der Kreistag entscheide, welche Alternative gewählt wird.

KT/20090923/Ö5**Beschluss:**

Der Kreistag beschloss einstimmig folgende Änderungen der Hauptsatzung des Rhein-Kreises Neuss:

Hauptsatzung des Rhein-Kreises Neuss vom 01.10.1996

Der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss hat aufgrund des § 5 Abs. 3 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (SGV NRW 2021), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.06.2008 (GV NRW.S. 514), in seiner Sitzung am 23.09.2009 folgende Änderung der Hauptsatzung beschlossen:

§ 1

(1) § 9 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Der Kreisausschuss besteht aus 16 Mitgliedern. Für jedes Mitglied ist ein persönlicher Stellvertreter zu wählen. Sofern der Kreistag nichts Gegenteiliges beschließt, vertreten sich die stellvertretenden Kreisausschussmitglieder einer Fraktion oder Gruppe fraktions- bzw. gruppenweise in der Reihenfolge der Liste, aus der sie gewählt wurden.

(2) § 10 erhält folgende Fassung:

(1) unverändert

(2) Alle Kreistags-, Kreisausschuss- und Ausschussmitglieder haben mindestens Anspruch auf einen Regelstundensatz von 8,00 EUR, es sei denn, dass sie ersichtlich keine Nachteile erlitten haben.

(3) Unselbstständigen wird der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstaufschlag ersetzt, höchstens jedoch 16,00 EUR je Stunde.

(4) Selbstständige erhalten eine Verdienstaufschlagpauschale je Stunde, die im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Einkommens nach billigem Ermessen festgesetzt wird, höchstens jedoch 16,00 EUR je Stunde. Sie wird montags bis freitags auf die Zeit von 8:00 Uhr bis 19:00 Uhr begrenzt.

(5) Kreistags-, Kreisausschuss- und Ausschussmitglieder, die einen Haushalt mit mindestens zwei Personen führen und nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten 8,00 EUR je Stunde. Statt des Regelstundensatzes werden auf Antrag die notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt ersetzt. Die Zahlung wird montags bis freitags auf die Zeit von 8:00 Uhr bis 19:00 Uhr begrenzt.

(6) unverändert

(3) § 16 erhält folgende Fassung:

Der Kreistag bestellt widerruflich aus den leitenden hauptamtlichen Beamten des Kreises einen allgemeinen Vertreter des Landrats.

Abweichend davon kann der Kreistag einen allgemeinen Vertreter des Landrats für die Dauer von acht Jahren wählen. Er führt die Amtsbezeichnung Kreisdirektor.

§ 2

Diese Satzung tritt zum 21.10.2009 in Kraft.

6. Feststellung des Jahresabschlusses 2007, Verwendung des Jahresüberschusses und Entlastung des Landrates
Vorlage: 014/120/2009

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Bernhard Pickert-Goldenbogen kritisierte, dass man im März 2009 bereits über die Verwendung des Überschusses diskutiert habe und er, sowie Herr Woitzik, entsprechende Anträge gestellt hätten. Es habe geheißen, dass man die Vorgehensweise mit den Städten und Gemeinden abstimmen werde. Dies gehe jedoch nicht aus der Vorlage hervor. Durch die Rückführung in die allgemeine Rücklage, sei das Geld für die Städte und Gemeinden verloren. Auch sei eine Rückführung in die Ausgleichsrücklage nicht vorgesehen, mit der die Kreisumlage konstant gehalten werden könnte. Aus diesem Grund sei er gegen die Beschlussvorlage und stelle den Antrag, dass der Überschuss anteilig an die Städte und Gemeinden zurückerstattet werde.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gerd Ammermann betonte, dass es sich bei dem eindrucksvollen Zahlenwerk um den ersten Jahresabschluss auf Basis des NKF handeln würde. Dafür solle man zunächst dem Kämmerer und allen Mitarbeitern danken. Unter Bezugnahme auf die Äußerungen von Kreistagsabgeordneten Bernhard Pickert-Goldenbogen machte er darauf aufmerksam, dass die gesetzliche Vorgabe, den Jahresüberschuss in die allgemeine Rücklage einzustellen, bekannt gewesen sei. Es sei falsch, dass das Geld hätte ausgeschüttet werden können. Im Hinblick auf die Haushaltslage 2010 sei er jedoch froh, dass man eine derartige Rücklage habe.

Landrat Dieter Patt betonte, dass man mit den Bürgermeistern einen Weg suche, immer nah am tatsächlichen Bedarf zu bleiben.

Kreiskämmerer Ingolf Graul stellte klar, dass der Eindruck falsch sei, dass es sich bei den rund 7 Mio. Euro um liquide Mittel handle. In den Erträgen seien alleine 4 Mio. Euro sogenannte nicht-liquide Ergebnisverbesserungen enthalten, die nur buchungs-technisch als Ertrag zu werten seien.

KT/20090923/Ö6

Beschluss:

1. Der Kreistag stellt gemäß § 95 Abs. 1 und § 96 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit § 53 Abs. 1 KrO NRW den Jahresabschluss zum 31.12.2007 in der Fassung vom 14.08.2009, die der Prüfung des Rechnungsprüfungsausschusses und des Wirtschaftsprüfers zugrunde lag, fest.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 7.176.361,94 € wird gem. § 96 Abs. 1 GO NRW der allgemeinen Rücklage zugeführt.
3. Die Kreistagsmitglieder sprechen gemäß § 96 Abs. 1 Satz 4 GO NRW in Verbindung mit § 53 KrO NRW dem Landrat für das Haushaltsjahr 2007 uneingeschränkt Entlastung aus.

Abstimmungsergebnis:

57 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Grüne, FDP, UWG/Aktive, Zentrum)
1 Gegenstimme (Linkspartei)

**7. Verzeichnis der über-/außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2009 (erstes Verzeichnis)
Vorlage: 20/144/2009**

KT/20090923/Ö7**Beschluss:**

Der Kreistag nahm einstimmig die im ersten Verzeichnis 2009 dargestellten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Kenntnis.
Die Deckung ist im laufenden Haushaltsjahr gewährleistet.

**8. Planung der Stadt Korschenbroich im Bereich Wasserweg, Ortsteil Steinhausen Hier: Anpassung gem. § 29 Abs. 4 Landschaftsgesetz NRW
Vorlage: 61/112/2009**

KT/20090923/Ö8**Beschluss:**

Der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss erhob einstimmig keinen Widerspruch gemäß § 29 Abs. 4 gegen den Bebauungsplan „Wasserweg“ im Ortsteil Steinhausen der Stadt Korschenbroich.

**9. Konkretisierung des Betrauungsaktes im Rahmen der ÖSPV-Finanzierung im VRR
Vorlage: 61/154/2009**

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Horst Fischer wies noch einmal darauf hin, dass die Formulierung der Überschrift nicht eindeutig sei.

KT/20090923/Ö9**Beschluss:**

Der Kreistag beschloss einstimmig:

Die das Gebiet des Kreises bedienenden Verkehrsunternehmen StadtBus Dormagen GmbH, Stadtwerke Neuss GmbH, Rheinbahn AG, Niederrheinische Versorgung- und Verkehr AG, Busverkehr Rheinland GmbH und SWK MOBIL GmbH sind mit folgenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen betraut:

1. Vorhaltung von Verkehrsinfrastruktur.
2. Erbringung von verbund- bzw. aufgabenträgerbedingten Regie- und Vertriebsmehrleistungen.

3. Vorhaltung von verbund- bzw. aufgabenträgerbedingten Fahrzeugqualitätsstandards.
 - 4a. Erbringung nicht lukrativer Fahrten in Schwachverkehrszeiten.
 - 4b. Sozialpolitische Verpflichtungen
-
1. Für die Verkehrsunternehmen StadtBus Dormagen GmbH, Stadtwerke Neuss GmbH, Rheinbahn AG, Niederrheinische Versorgung- und Verkehr AG, Busverkehr Rheinland GmbH und SWK MOBIL GmbH ergeben sich die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen aus den ergänzenden Betrauungsbeschlüssen der jeweiligen Anteilseignerkommune/n und den Dokumentationen der lokalen Anhörungsgespräche.

Die Verpflichtungen für die BVR/RVN ergeben sich aus den beigefügten Anlagen des VRR „Betrachtung der BVR GmbH“ (soweit sie das Kreisgebiet betreffen).

2. Die Betrauung gilt fort, wenn und soweit ablaufende Genehmigungen (§ 16 PBefG) den betrauten Unternehmen wiedererteilt werden, jedoch nicht länger als bis zum Ende der Betrauungsfrist (03.12.2019). Die Betrauung erstreckt sich auch auf solche Genehmigungen, die im Zeitraum bis zum 03.12.2019 auf der Grundlage des jeweils geltenden Nahverkehrsplanes neu oder geändert erteilt werden.
3. Festgestellte Überkompensationen bezogen auf die definierten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen sind zurückzuführen. Über die Art und Weise der Rückführung entscheidet die unmittelbare oder mittelbare Eigentumsgebietskörperschaft im Einvernehmen mit den Verkehrsunternehmen. Dabei kann für die Beurteilung einer Überkompensation auf einen bis zu dreijährigen Betrachtungszeitraum abgestellt werden.
4. Zur Sicherstellung ausreichender Kontroll- und Prüfbefugnisse des Rhein-Kreises Neuss als Aufgabenträger wird diesem von den Unternehmen jährlich nach näherer Weisung ein Bericht zu Qualitäts- und Leistungsstandards vorgelegt.
5. Der Rhein-Kreis Neuss behält sich vor, die Betrauung auch während der neuen Befristung an sich verändernde rechtliche Rahmenbedingungen anzupassen.
6. Die bestehende Betrauung wird vorsorglich ergänzt um zusätzliche künftige gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen oder Veränderungen bestehender gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen in angemessenem Umfang, wenn dies entweder
 - a) im öffentlichen Verkehrsinteresse geboten ist, oder
 - b) aufgrund von der Unternehmensleitung nicht zu beeinflussenden unvorhergesehenen Kosten (wie etwa bei Naturkatastrophen, staatlichen Preisinterventionen, Umschichtungen und Änderungen bei Verbrauchsteuern, Umsatzsteuer usw.) notwendig ist, und die Finanzierung der diesbezüglichen Ausgleichsleistungen nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Beschlüsse möglich ist. Eine Betrauung gemäß Buchst. b) steht unter dem aufschiebenden Vorbehalt einer entsprechenden Ergänzung der Finanzierungsrichtlinie des VRR.

10. Einheitlicher Ansprechpartner nach EU-Dienstleistungsrichtlinie Vorlage: VII/143/2009

Protokoll:

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Rainer Thiel teilte Kreisdirektor Hans-Jürgen Petrauschke mit, dass man offen für weitere Kooperationspartner sei, diese sich jedoch derzeit nicht anbieten würden. Man wolle die Aufgabe zusammen mit der Stadt Mönchengladbach wahrnehmen. Da der Rhein-Kreis Neuss bevölkerungsmäßig der größere Standort sei, spreche vieles dafür, dass auch der Einheitliche Ansprechpartner beim Rhein-Kreis Neuss angesiedelt werde.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erkundigte sich nach der Bedeutung der Spiegelstriche in der öffentlich rechtlichen Vereinbarung.

Wirtschaftsförderer Jürgen Steinmetz erklärte, dass man zurzeit mit der Stadt Mönchengladbach im Gespräch sei. Klar sei, dass man die Kooperation eingehe. Der Ort der Ansiedlung sei offen gelassen worden, da dies noch verhandelt werde. Die Gebietskörperschaft, bei der der Einheitliche Ansprechpartner angesiedelt wird, trage auch die Kosten. Dennoch muss sich der Einheitliche Ansprechpartner bei beiden widerspiegeln.

Landrat Dieter Patt versicherte, dass das Ergebnis der Verhandlungen in den Kreisausschuss bzw. Kreistag gebracht werde.

Nach Auffassung der Kreistagsabgeordneten Erhard Demmer und Martin Kresse könne die Vereinbarung so nicht beschlossen werden. Die Details müssten zuvor ausgehandelt werden.

Kreisdirektor Hans-Jürgen Petrauschke stellte klar, dass beide Kooperationspartner ihre Kosten selber tragen würden. Untereinander finde keine Verrechnung statt. Man gehe davon aus, dass die Gebühren reichen, um die Kosten insgesamt zu decken. Nur wenn diese nicht ausreichen, trage jeder seinen Anteil selbst. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung sei allerdings Voraussetzung dafür, dass der Rhein-Kreis Neuss landesweit seinen Beitrag dazu leiste, dass nicht mehr als 18 Kooperationsräume geschaffen werden und damit die Aufgabe nicht auf die Bezirksregierung übertragen werde.

Kreistagsabgeordneter Dr. Christian Will betonte, dass die Einrichtung eines Einheitlichen Ansprechpartners ein wichtiger Baustein für die gesamte Wirtschaftsförderung sei. Die Kooperation biete eine gute Möglichkeit, die Wirtschaftsräume zu verflechten und den Wirtschaftsstandort zu stärken.

Landrat Dieter Patt stellte fest, dass es keine Probleme hinsichtlich der Kooperation als solche gebe, sondern lediglich in der praktischen Abwicklung. Er schlage daher vor, mit in den Beschluss aufzunehmen, dass zu den Ausführungsbestimmungen eine gesonderte Vereinbarung getroffen werde, die dem Kreisausschuss bzw. Kreistag zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Damit wären die Voraussetzungen geschaffen, um trotzdem handeln zu können.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel bat darum, dass die Vorlage zu den Ausführungsbestimmungen möglichst früh vor der Sitzung und nicht als Tischvorlage vorgelegt werde.

Landrat Dieter Patt wies darauf hin, dass bis zu letzt an den entscheidungsrelevanten

Punkten verwaltungsseitig gearbeitet werde und daher Tischvorlagen unvermeidlich seien.

KT/20090923/Ö10

Beschluss:

Der Kreistag beschloss einstimmig den Abschluss der als Tischvorlage verteilten "Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Mönchengladbach und dem Rhein-Kreis Neuss zur Wahrnehmung der Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie". Hinsichtlich der Ausführungsbestimmungen wird eine gesonderte Vereinbarung getroffen.

11. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Grevenbroich und dem Rhein-Kreis Neuss über die Durchführung der Reisekostenabrechnungen für die Bediensteten der Stadt Grevenbroich durch den Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: ZS2/161/2009

Protokoll:

Landrat Dieter Patt betonte, dass man mit der Zusammenführung auf einem guten Weg sei.

KT/20090923/Ö11

Beschluss:

Der Kreistag beschloss einstimmig den Abschluss der beigefügten "Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Grevenbroich und dem Rhein-Kreis Neuss über die Durchführung der Reisekostenabrechnungen für die Bediensteten der Stadt Grevenbroich durch den Rhein-Kreis Neuss".

12. Sachstandsbericht zur Umsetzung der familienpolitischen Maßnahmen im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 51/139/2009

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Beate Pricking lobte das Familienkonzept des Rhein-Kreises Neuss und hob einige Schwerpunkte der Arbeit hervor. Abschließend betonte sie, dass Familienpolitik auch ein wichtiger Standortfaktor sei und sprach den Mitarbeitern des Jugendamtes ihren Dank aus.

Kreistagsabgeordnete Susanne Schöttgen fragte, inwieweit die Bausteine mit den Bürgermeistern abgesprochen seien, da zum Teil eine Doppelfinanzierung durch Jugendamts- und Kreisumlage vorliegen könne. Zudem wies sie darauf hin, dass einige Bausteine Bestandteile der Fachausschüsse seien.

Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Tillmann Lonnes erklärte, dass die Aufgaben, die das Jugendamt als gesetzliche Aufgabe erfüllt, von der Jugendamtsumlage finanziert werden. Diese werde mit den Städten und Gemeinden vorbesprochen. Eine Doppelfinan-

zierung erfolge bereits deshalb nicht, da das Familienkonzept eng mit den Städten und Gemeinden abgestimmt sei. Auch beschränke sich der Familienkompass nicht nur auf den Rhein-Kreis Neuss, sondern er sei ein Überblick, über die familienpolitischen Leistungen im gesamten Kreisgebiet. Gerade dies wurde von den Städten und Gemeinden gewünscht. Der Familienkompass sei in der Bürgermeisterkonferenz verteilt worden. Man versuche auf allen Ebenen die Familienpolitik zu stärken.

Kreisdirektor Hans-Jürgen Petrauschke stellte klar, dass nicht alles was vom Jugendamt getan werde, über die Jugendamtsumlage finanziert werde. Man müsse jeden Baustein einzeln sehen.

Kreistagsabgeordneter Heinz-Ferdi Heimanns betonte, dass es auch weiterhin wichtig sei, die Familienpolitik bekannt zu machen, damit sich noch mehr Familien anschließen und der Rhein-Kreis Neuss ein Familienkreis ist und bleibt.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel stimmte dem im Grundsatz zu. Dennoch wies er auf die unscharfen Grenzen hinsichtlich der Zuständigkeit und Finanzierung hin. Ergänzend machte er auf die ungleiche Situation von Familien im Kreisgebiet und das Thema Kinderarmut aufmerksam. Dies müsse mit einbezogen werden.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer kritisierte, dass die CDU aus ideologischen Gründen alles mit dem Etikett ‚Familie‘ belegen müsse.

Dem widersprachen die Kreistagsabgeordneten Angelika Quiring-Perl und Dr. Christian Will entschieden. Familienpolitik umfasse alles, was im weitesten Sinne mit Familie zu tun habe. Sie sei Ressortübergreifend.

Kreistagsabgeordneter Dr. Bijan Djir-Sarei betonte, dass das Thema Familienpolitik auch weiterhin im Rhein-Kreis Neuss oberste Priorität haben werde.

Kreistagsabgeordneter Jürgen Güsgen erinnerte daran, dass sich alle im Grundsatz einig seien und man nicht über den Familienbegriff streiten solle. Wichtig sei, dass die Maßnahmen weiter entwickelt werden.

Landrat Dieter Patt wies darauf hin, dass der vorgelegte Bericht durch den Kreistag lediglich zur Kenntnis genommen werden solle. Die erforderlichen Beschlüsse würden im Rahmen der Haushaltsplanungen vom neuen Kreistag getroffen. Man sei gut beraten, die Familien in ihrer Existenz zu unterstützen

Wirtschaftsförderer Jürgen Steinmetz konnte die Berichte, die Kreistagsabgeordnetem Harald Holler zu Ohren gekommen seien, nicht bestätigen. Verzögerungen bei der Auszahlung des Schulgeldes seien nur in Einzelfällen aufgetreten, z.B. wenn erforderliche Bescheinigungen nicht vorlagen.

KT/20090923/Ö12

Beschluss:

Der Kreistag nahm den Sachstandsbericht zur Umsetzung der familienpolitischen Maßnahmen im Rhein-Kreis Neuss zur Kenntnis.

13. Anträge

13.1. Antrag der Kreistagsfraktion UWG/ Die Aktive zum Thema "Kreistag verkleinern – Weniger Kosten mehr Effizienz" vom 10.06.2009 Vorlage: 010/008/2009

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Jürgen Güsgen zog den Antrag seiner Fraktion zurück.

13.2. Antrag der Kreistagsfraktion UWG/ Die Aktive zum Thema "Einrichtung einer ARGE Ombudsstelle " vom 11.07.2009 Vorlage: 010/146/2009

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Jürgen Güsgen stellte den Antrag, den Antrag seiner Fraktion in den Sozial- und Gesundheitsausschuss zu verweisen.

KT/20090923/Ö13.2

Beschluss:

Der Kreistag beschloss einstimmig, den Antrag der Kreistagsfraktion UWG/ Die Aktive zum Thema „Einrichtung einer ARGE Ombudsstelle“ vom 11.07.2009 in den Sozial- und Gesundheitsausschuss zu verweisen.

14. Mitteilungen

Protokoll:

Landrat Dieter Patt wies auf die verteilte Tischvorlage hin.

15. Anfragen

Protokoll:

Es lagen keine Anfragen vor.

16. Einwohnerfragestunde

Protokoll:

Es lagen keine Anfragen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Dieter Patt um 16:20 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Dieter Patt
Landrat

Annika Böhm
Schriftführerin